



Sommerloch

Das Sommerlochthema hat **Friedrich Merz** mit seinen Bemerkungen über die Zusammenarbeit mit der AfD gesetzt. Die heftigsten Reaktionen kamen aus der Union selbst. Sogar **Markus Söder** widerspricht Merz. Söder hat, wie Merz, die Grünen zum Hauptgegner erklärt. Söder braucht in Bayern die Grünen nicht. Nach einer Umfrage vom 4. Juli 2023 kommt seine CSU auf 40 Prozent, sein Steigbügelhalter, die Freien Wähler, auf zwölf Prozent. Das reicht für die Fortsetzung der jetzigen Koalition. Am 8. Oktober wird in Bayern gewählt. Auf die Grünen (15%) kann Söder also getrost eindreschen, er braucht sie nicht. Die AfD (13%) auch nicht, und erst recht nicht die SPD (9%). Mit der FDP (4%) oder der Linken (2%) muss er sich erst gar nicht beschäftigen.

Apropos Umfrage

Die **Berliner Morgenpost** hat bei **Civey** eine Umfrage in Auftrag gegeben. Demnach würden „36 Prozent der Deutschen eine Öffnung der CDU für eine Koalition mit der AfD in den Landesparlamenten befürworten. 57 Prozent der Befragten sprechen sich gegen eine Zusammenarbeit auf Landesebene aus.“ Von der kommunalen Ebene, die Merz meinte, ist keine Rede.

Dass eine Öffnung zur AfD im Osten mehr befürwortet als im Westen, ist keine Überraschung. „46 Prozent sprechen sich im Osten dafür aus, 47 Prozent dagegen. Im Westen sind über die Hälfte der Deutschen (59%) gegen eine Öffnung der CDU für eine Koalition mit der AfD in den Landesparlamenten.“

Die Meinung unter den Anhängern der Union deckt sich mit dem Gesamtergebnis der Umfrage, 36 Prozent sind dafür, 53 Prozent dagegen. Für die AfD ist eine Zusammenarbeit mit der Union die einzige Möglichkeit, mitregieren zu können, um den Begriff, an die Macht zu kommen, zu vermeiden. 94 Prozent würden sich über eine Öffnung der Union zu ihrer Partei freuen. „Civey befragte für die Funke Medien-gruppe vom 18. bis 24. Juli online rund 10.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren.“

Berlins CDU-Chef **Kai Wegner**, im Hauptberuf Regierender Bürgermeister, hatte endlich Gelegenheit, eine offene Rechnung zu begleichen. Wegner sprach sich beim CDU-Vorsitz für **Armin Laschet** und damit gegen **Friedrich Merz** aus. Seine Reaktion auf die Äußerungen von Merz war dementsprechend heftig, und auch die anderen Landesverbände schlossen sich an. **Kevin Kühnert** sagte über Merz, im ZDF

zugeschaltet aus dem „schönen Allgäu“, Merz sei „König ohne Land.“

Apropos Kevin Kühnert

Kühnert hat in unserer Leserschaft viele Freunde, aber auch erbitterte Gegner. Und diese haben sich nach unserem gestrigen Newsletter mit starken Worten gemeldet.

So schrieb ein Leser: „Immer wieder hat die SPD in Bund und Ländern bekräftigt, mit der AfD nicht zusammenarbeiten zu wollen. In Saßnitz auf Rügen reichen die beiden Parteien aber jetzt gleich sieben Anträge gemeinsam ein. Manchmal geht Kommunalpolitik eben anders als ein Dampfplauderer ohne Berufsabschluss mit Enteignungsfantasien es gern in die Welt hustet. Allein dieser Fakt heilt nicht die verwirrenden Äußerungen von Merz.“

„Es ist traurig“, schreibt ein anderer Leser, „dass eine so große Partei wie die SPD mit sicher vielen Talenten, kein Mitglied gefunden hat, das die Funktion eines Generalsekretärs mit Sicherheit besser und vor allen Dingen glaubwürdiger vertritt als Herr Kühnert.“ Und weiter: „Das Kalkül des Herrn Kühnert, die Aussage des Herrn Merz in die rechte Ecke zu schieben, ist mehr als durchsichtig und aus meiner Sicht eher beschämend.“

Der Leser weist darauf hin, dass es auf kommunaler Ebene durchaus sinnvolle Anträge der AfD zu allgemeinen Themen gibt. „Muss man so etwas ablehnen, nur weil es aus der falschen Partei kommt? Ist das ein demokratisches Verständnis und Verhalten? Es wurden sinnvolle Anträge abgelehnt und später mit unproblematischen Wortänderungen von der Regierungspartei neu eingebracht. Ich finde ein solches Verhalten für unwürdig und höchst undemokratisch! Glauben Sie, dass man so all die ‚Protestwähler‘ zum Nach- oder Umdenken bewegen kann? Aus meiner Sicht erzielt man damit genau das Gegenteil!“

Ein weiterer Leser schrieb uns angelehnt an die Überschrift des Newsletters: „Das ist kein Dammbruch, das ist nur wieder die übliche Reaktion, was nicht ist, darf nicht sein. Ist aber längst vorbei. Natürlich wird man mit der AfD zusammenarbeiten müssen, genauso wie damals mit den Grünen und dann mit den Linken, die auch beides ‚staatsfeindliche‘ Parteien waren. Wer das ignoriert, wird sich wie seinerzeit die SPD der Regierungsmehrheit berauben.“

Ed Koch

Die Verfasser der Leserbriefe sind der Redaktion bekannt.